

So richtet sich 3M neu ein

LANGENTHAL Eben erst bezogen, stellt das brandneue Gebäude von 3M Emea ein Meilenstein für die Entwicklung des nördlichen Bahnhofareals dar. Bis zu 300 Mitarbeitende aus über 30 Nationen tummeln sich fortan in den modernen Büros.

Fast so zahlreich wie an einer UNO-Konferenz sind die vertretenen Landesflaggen im kürzlich fertiggestellten 3M-Gebäude beim Langenthaler Bahnhof. Kleine Fähnchen auf den Bürotischen zeigen, welchen Nationalitäten die daran Tätigen angehören. «Die in Langenthal arbeitende Belegschaft repräsentiert über dreissig verschiedene Länder», sagt Mario Tomaselli, Projektleiter des 3M-Neubaus. Auf einer Fläche von 5800 Quadratmetern finden zwischen 250 und 300 Angestellte einen Arbeitsplatz. Etwa zwanzig Schweizerinnen und Schweizer gehören derzeit der

hiesigen Belegschaft an. Bei diesem Verhältnis ist es kein Wunder, dass Englisch die unumstrittene Firmensprache ist. Ihren Hauptsitz hat die Post-it-Herstellerin ohnehin in den USA.

Langenthal als zentraler Hub

Bezogen wurde der Neubau beim Bahnhof Anfang Oktober (wir berichteten). Er dient einer Tochterfirma als Hauptsitz – diese heisst 3M Emea GmbH (Europa, Mittlerer Osten und Afrika). Für diese Gebiete wird fortan von Langenthal aus die Beschaffung und die Logistik von 3M-Produkten organisiert. Der hiesige Standort dient als zentraler Hub. Hergestellt wird vor Ort nichts.

Rund 40 Millionen Franken seien letztlich in den Bau investiert worden, sagt Mario Tomaselli. Ein augenfälliges Ergebnis dieses finanziellen Engagements sind die modernen, sehr offen gestalteten und damit lichtdurchfluteten Büros. «Wir wollten Räu-

me entwerfen, die die neuen Arbeits- und Kommunikationsmethoden von 3M unterstützen», erklärt Alfred Paul von der Marazzi + Paul Architekten AG. Was der Architekt damit meint, zeigt sich bei einem Rundgang durchs Gebäude: Informelle Treffen zwischen Mitarbeitenden, kurze Gespräche oder auch längere Meetings sind praktisch überall möglich.

Es gibt Büros und Sitzungszimmer in fast allen erdenklichen Grössen und Varianten. Die sogenannten Shared Offices sind eine Art Mischform aus Doppelbüro und kleinem Sitzungsraum. Wer sich indessen in eher ungezwungener Atmosphäre austauschen will, geht in die Break-out-Zonen im obersten Stockwerk des Gebäudes. Diese modern möblierten Pausenräume werden ergänzt von einer Küche und einer Aussenterrasse mit Blick auf das angrenzende Bahnhofareal. Gegen 35 Mitarbeitende haben



Wie ein Spiegel: In der Fassade des 3M-Gebäudes werden vorbeifahrende Züge wiedergegeben.

Bilder zvg

gemäss Auskunft der Personalabteilung ihren Wohnsitz in Langenthal oder der näheren Umgebung. Projektleiter Tomaselli sagt, er wisse von einigen Angestellten, die sich derzeit überlegen würden, ebenfalls nach Langenthal zu ziehen. Diese Neuzuzüger haben einen Einfluss auf den Steuerhaushalt der Stadt (siehe Kasten). Viele, die auswärts wohnen, kommen mit dem Zug zur Arbeit. Die Lage beim Bahnhof kommt also nicht von ungefähr, sie spielt für die Firma eine wichtige Rolle. Dass die Pendler gut vertreten sind, zeigt auch die Nutzung der firmeneigenen Parkmöglichkeiten: Von einhundert Plätzen würden nur zwei Drittel genutzt, so Tomaselli.

Vom Büro direkt zum Fitness

Im Erdgeschoss befindet sich eine Kantine, die jedoch den Mitarbeitenden vorbehalten bleibt. Diese danken es der Firma, indem sie sich sogar im Essbereich zum informellen Bürogespräch

treffen. Auf derselben Etage befinden sich weiter eine Umkleidezone mit Duschen, ein Fitness- und Yogaraum sowie Schulungsräume, in denen – wenn die Trennwände entfernt werden – bis zu 250 Personen Platz finden.

Der neue Hauptsitz der 3M Emea GmbH ist der erste Meilenstein zur Entwicklung des nördlichen Bahnhofgebiets. Das bisher industriell genutzte Geiser-Areal soll in ein Geschäfts- und Wohnviertel umgenutzt werden. Auf die industrielle Vergangenheit des Areals hat das Architekturbüro beim Neubau Bezug genommen: Die gewellten Wände des benachbarten Fabrikkomplexes spiegeln sich in der Materialisierung der 3M-Fassade wider, wenn auch in filigraner Ausführung. Die vorbeifahrenden Züge und die Betriebssamkeit auf den Geleisen wird auch wiedergegeben – und zwar anhand der sich überlappenden Grau- und Rotflächen.

Patrick Jordi

BESTEUERUNG

Sonderabkommen für Neuankömmling

Eine «Erfolgsgeschichte auf diversen Ebenen» ist die Ansiedlung der Firma 3M in Langenthal für Thomas Rufener (SVP). Am Bahnhof sei in den letzten Monaten eine Visitenkarte für das gesamte Areal entstanden, sagt der Stadtpräsident. Er hofft, dass der Zuzug von 3M wie ein Katalysator wirkt für die künftige Entwicklung des Gebiets Bahnhof-Nord. Von einem Erfolg kann die Stadt aber auch aus finanzieller Sicht sprechen. Gegen 35 Mitarbeitende von 3M haben sich bis heute in der Region niedergelassen (siehe Haupttext), schätzungsweise deren 20 bis 25 haben ihren Wohnsitz in Langenthal. Sie werden also vor Ort besteuert. Thomas Rufener spricht von einem erfreulichen Aspekt, betont aber gleichzeitig, dass man nicht vordergründig auf die Besteuerung von möglichst vielen 3M-Mitarbeitenden aus sei. Die Stadt könne schliesslich auch anderweitig profitie-

ren. «Die Zugezogenen kaufen hier ein und konsumieren auch vor Ort», nennt Rufener Beispiele. Ein weiteres Potenzial sieht er für die Hotellerie. 3M wird künftig Arbeitsreisende im Gebäude in Langenthal empfangen. Man wird also auf Beherbergungsmöglichkeiten angewiesen sein. Darüber hinaus bezieht die Firma ihren Strom beim lokalen Energieversorger.

Was die Steuereinkünfte anbelangt, so wird dies für Langenthal laut Rufener vor allem bei den Privatpersonen Auswirkungen zeitigen. **Als juristische Person profitiert 3M im Rahmen der Ansiedlung in Langenthal von einem Steuerabkommen.** Den Weg hierhin fand die Unternehmung im Zusammenhang mit der kantonalen Wirtschaftsförderung. Gelängen Ansiedlungen im Zuge dieser Förderung, so sei ein steuerliches Sonderabkommen die Norm, sagt Rufener. paj



Erleuchtetes Atrium: Sowohl die offen gestalteten Räume als auch die LED-Lampen im überdeckten Innenhof sorgen für eine lichtdurchflutete Atmosphäre im neuen Gebäude.

Die Wahlen müssen warten

NIEDERBIPP Weil rund 80 Wahlcouverts falsch bestückt worden sind, wird der Urnengang vom 30. Oktober abgesagt. Wann der neue Gemeinderat gewählt wird, bleibt vorerst offen.

«Ja, wir müssen den Wahltermin verschieben», bestätigte Niederbipps Gemeindepräsident Peter Haudenschild (FDP) gestern Morgen die Gerüchte, die seit Mittwochabend im Dorf kursierten. Tatsächlich sei beim Abpacken des Wahlmaterials ein Fehler unterlaufen: Statt der Listen aller drei Parteien, die zu den Gemeinderatswahlen am 30. Oktober antreten wollten, ist in mehreren Fällen eine Parteiliste doppelt, diejenige der SVP stattdessen gar nicht beigelegt worden.

Nachdem seit Montag gleich fünf derartige Meldungen eingegangen seien, sei man der Sache am Mittwoch nachgegangen, sagt Haudenschild. Aufgrund des übrig gebliebenen Materials habe man festgestellt, dass rund 80 Couverts falsch bestückt worden sein müssen. «Wir betrachteten diese Zahl doch als erheblich», sagt Haudenschild. Noch am Mittwochabend habe der Gemeinderat deshalb beschlossen, den Urnengang abzusagen.

Besser als eine Beschwerde

Ein Entscheid, den auch die Parteipräsidenten begrüssen. Natürlich sei der Fehler ärgerlich, sind sich Christoph Meyer (FDP) und Daniel Gnägi (SP) einig. Aber zumal klar sei, dass einer allfälligen Wahlbeschwerde stattgegeben werden müsste, bleibe nichts anderes übrig, als einen neuen Wahltermin anzusetzen. Dem pflichtet auch SVP-Präsident Niklaus Burri bei. Die Sache sei «dumm gelaufen», findet er. «Die Wahlen wiederholen zu müssen, wäre aber schlimmer, als sie von Beginn weg zu verschieben.»

Material ungültig

Das neue Datum für den Urnengang steht noch nicht fest. Laut Peter Haudenschild wird die Exekutive an ihrer Sitzung vom Montagabend über die rechtlichen Grundlagen und das weitere Vorgehen beraten und daraufhin den neuen Wahltermin kommunizieren. Klar ist, dass mit den Gemeinderatswahlen auch die auf den 27. November angesetzte Wahl des Präsidiums verschoben werden muss. Und dass der Fauxpas nicht ohne finanzielle Folgen bleibt: Wie der Gemeinderat noch gestern orientierte, ist das gesamte zugestellte Wahlmaterial ungültig. Sämtliche Unterlagen müssen demnach noch einmal gedruckt und versandt werden.

Über die Höhe der Kosten lasse sich jetzt noch keine Aussage machen, erklärt Haudenschild. Den Parteien selber sollen allerdings möglichst keine zusätzlichen Kosten entstehen, versichert er, die Gemeinde werde unter anderem für die Druckkosten des gesamten neuen Wahlmaterials aufkommen.

Die Parteien selber werden sich demnach ganz auf ihren Wahlkampf konzentrieren können, der nun länger dauert. Die SP hat die Verschiebung des Wahltermins auf ihrer Website bereits aufgeschaltet. Wie sie nun weiter vorgehen werde, hänge davon ab, auf wann der neue Termin angesetzt wird, sagt Präsident Daniel Gnägi. «Wir werden weiter aktiv sein», verspricht FDP-Präsident Christoph Meyer.

Kathrin Holzer

Liess der Mieter das Haus in Brand setzen?

JUSTIZ Im Mai 2014 brannte in Roggwil ein Einfamilienhaus. Der Fall landet vor dem Regionalgericht Emmental-Oberaargau: Wegen Brandstiftung und versuchten Versicherungsbetrugs muss sich ein Ehepaar verantworten. Es verweigerte die Auskunft.

«Ich gebe da keine Auskunft!» Gerichtspräsident Jürg Bähler erhielt anlässlich der Verhandlung vor dem Regionalgericht Emmental-Oberaargau auf seine Fragen ausser diesem Satz keinerlei Antworten, weder von den zwei Angeklagten noch von ihren Verteidigern. Nicht einmal über sein derzeitiges Einkommen wollte der Angeschuldigte, ein

33-jähriger Ausländer, Auskunft geben. Die Ermahnung des Richters, eine Aussage müsse nicht in jedem Fall belasten, sondern könne sogar entlasten, nützte nichts.

Anfang Mai 2014 brannte in Roggwil ein Einfamilienhaus. Der Mieter des Hauses, der vor Gericht stehende Mann, meldete drei Tage später das Ereignis der Versicherungsgesellschaft, wo-

rauf diese ein Schadendossier eröffnete. Der Besuch des Schadeninspektors am Brandort brachte den Stein ins Rollen. Zum einen fiel ihm auf, dass der Hausrat mit 200 000 Franken massiv überversichert war. Zum andern stellte er fest, dass die Versicherung erst ganz kurz vor dem Brand abgeschlossen worden war.

Belastendes Material

Die Untersuchung des Falls brachte belastendes Material gegen den Mann und seine um zwei Jahre jüngere Ehefrau zuta-

ge. Gemäss Anklageschrift der Staatsanwaltschaft wird das Paar beschuldigt, eine unbekannte Täterschaft dafür bezahlt zu haben, im Haus einen Brand zu legen. Dazu sollen sie den aus dem Ausland angereisten Brandlegern einen Hausschlüssel übergeben haben, sodass diese ins Haus eindringen, das alte Röhrenfernsehgerät in Brand setzen und eine Feuersbrunst verursachen konnten. Als Alibi gab der Geschädigte an, er sei zur Brandzeit mit seiner Familie auf einem Wochenendausflug in Venedig gewesen.

Nach rund zweistündiger Dauer brach Gerichtspräsident Jürg Bähler die Verhandlung am Regionalgericht am Donnerstag ergebnislos ab. Angesichts der weiterhin bestehenden Anschuldigungen – Brandstiftung mit einem Schaden von rund 300 000 Franken und Betrugsversuch – drohe eine Gefängnisstrafe von über zwei Jahren, begründete er den Abbruch. Da eine so hohe Strafe nicht in der Kompetenz eines Einzelrichters liege, entscheide über diesen Fall ein Dreiergremium. Hans Käser